

Dr. Helmut Strizek  
Auf dem Essig 19  
53127 Bonn

Bonn, den 20.12.2012

## Jahresrückblick 2012 auf die Ereignisse im Gebiet der Großen Seen Afrikas

### Überblick

2012 war für das Gebiet der Großen Seen Afrikas, dem es nun seit mehr als zwei Jahrzehnten nicht an tragischen Geschehnissen fehlt, ein ereignisreiches Jahr.

- Am 20. Dezember 2012 hat das Arusha-Gericht den früheren ruandischen Planungsminister Augustin Ndirakobuca zu 35 Jahren Gefängnis verurteilt.

- Besonders wichtig hervorzuheben ist, dass sich am 13. Dezember 2012 mit dem Verzicht von Susan Rice auf eine Kandidatur als künftige Außenministerin der USA und der Nominierung von John Kerry die politische Großwetterlage verändert hat. Wäre Susan Rice ins Department of State eingezogen, hätte Kagame vielleicht doch noch sein Ziel der Einvernahme der Kivu-Provinzen erreichen können. Das wird nun unwahrscheinlicher, auch wenn Susan Rice weiterhin im Amt der US-Vertreterin bei den Vereinten Nationen (mit Kabinettsrang) ihre Hand schützend über die Militärdiktatur in Kigali halten und in Kinshasa dafür sorgen kann, dass eine schwache Regierung den Regionalfürsten Kagame und Museveni nicht in die Quere kommt.

- Der 4. ruandische Kongo-Krieg<sup>1</sup> der mit der Bildung der M23-Bewegung am 6. April 2012 begann, ist noch nicht beendet. Darauf deutet zumindest die Erklärung des Kongo-Kinshasa-Staatspräsidenten Joseph Kabila am 15. Dezember 2012 vor beiden Häusern des Parlaments hin. Man werde kämpfen "bis zum Sieg und bis zu einem endgültigen und nachhaltigen Frieden für uns und die Region."

- Eine Verschärfung des Kampfes gegen mutmaßliche Unterstützer der „FDLR-Terroristen“ in Deutschland war die von der Generalbundesanwaltschaft veranlasste und von einem Bundesrichter genehmigte Verhaftung von drei Ruandern mit deutschem Pass am 5.

---

<sup>1</sup> Als ersten ruandischen Kongo-Krieg bezeichne ich den Krieg zur Inthronisierung von Laurent Kabila 1996-1997. Der zweite Krieg begann mit Ruandas Einmarsch im Kongo 1998, nachdem Laurent Kabila die ruandischen Soldaten „verabschiedet“ hatte. Dieser Krieg wurde offiziell mit dem von Präsident George W. Bush erzwungenen Ende der ruandischen Besetzung großer Teile der DR Kongo und der Bildung der 1+4 Ordnung in Kinshasa beendet. Der 3. ruandische Kongo-Krieg begann 2004 mit der kurzzeitigen Besetzung der Stadt Bukavu durch Rebellen-Soldaten unter Führung von Laurent Nkunda und Jules Mutebutsi und dauerte bis zum 23. März 2009 mit der Vereinbarung zur Eingliederung der Träger des 3. Krieges in die Kongo-Armee. Schon am 23. Januar 2009 hatte Kagame das Scheitern der mit Joseph Kabila am 21. Januar 2009 vereinbarten Invasion ruandischer Truppen – offiziell zur Vernichtung der FDLR - eingestehen und seinen Verbündeten Laurent Nkunda aus dem Verkehr ziehen müssen. Dazwischen war die UNO-Truppe MONUC faktisch zur kämpfenden Truppe im Interesse des Kagame-Systems aufgestiegen. Der vierte Krieg begann schließlich mit der Bildung der M23-Bewegung am 6. April 2012.

Dezember 2012. Zeitgleich wurden ab 6 Uhr morgens – darunter bei einem 80Jährigen - 11 Hausdurchsuchungen von ca. 150 Einsatzkräften des Bundeskriminalamts durchgeführt. Ein schönes „Nikolausgeschenk“ für Kagame.

- Am 30.10.2012 wurde Victoire Ingabire Umuhoya, die Vorsitzende der Partei *Forces Démocratiques Unifiées* (FDU-Inkingi), wegen Hochverrats und Genozid-Leugnung nach einem Scheinprozess in Kigali zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt. Die Welt regte sich nicht auf.

## Im Einzelnen

### Das Urteil des Arusha-Gerichts gegen Augustin Ngirabatware

Die Verurteilung von Augustin Ngirabatware zu 35 Jahren Gefängnis – die Anklage hatte lebenslänglich gefordert - durch den *Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda* in Arusha/Tansania ist ein Musterbeispiel für das *Fact-Finding without facts* – so der Titel des Buchs der amerikanischen Jura-Professorin Nancy Amoury Combs<sup>2</sup> aus dem Jahr 2010, in dem sie *The Uncertain Evidentiary Foundations of International Criminal Convictions* – darunter auch des Arusha-Gerichts beschreibt. Augustin Ngirabatware, Planungsminister in allen ruandischen Regierungen zwischen 1990 und 1994, wurde aufgrund von aus Kigali „gelieferten“ Zeugen der Anklage für schuldig befunden, im Rahmen eines *Joint Criminal Enterprise* in seiner Heimatgemeinde Nyamyumba (Präfektur Gisenyi im Nord-Westen Ruandas) nach dem 6. April 1994 zum Völkermord aufgerufen, Waffen an die Mörder-Banden verteilt und nichts gegen weitverbreitete Vergewaltigungen unternommen zu haben. Er bestreitet, in dieser Zeit jemals dort gewesen zu sein. In einer AFP-Meldung heißt es, das Gericht habe alle Beweise der Verteidigung für sein Alibi, darunter Visa-Eintragungen seiner Auslandsreisen im fraglichen Zeitraum, einfach „weggefegt“. Interessant ist, dass er nicht für seine Tätigkeit als Minister der Interimsregierung verurteilt wurde.

Der tansanische Kammervorsitzende William Sekule, der ansonsten als strenger Verfechter der Planungstheorie des Tutsi-Völkermords durch die Interimsregierung gilt, folgte damit der weitverbreiteten Gerichts-Praxis, aufgrund von Zeugenbeschuldigungen Urteile über Vorgänge zu fällen, für die keine harten Beweise zu finden sind.

Insgesamt entsprach Richter Sekule den in ihn gesetzten Erwartungen, Augustin Ngirabatware als Schwiegersohn des vom Gericht als „Finanzier des Völkermords“ meistgesuchten Flüchtigen Félicien Kabuga nicht davonkommen zu lassen. Es ist jetzt müßig darüber zu spekulieren, ob das Berufungsgericht zu einem anderen Ergebnis kommt.

\*\*\*

Mit dem Ngirabatware-Urteil hat das Arusha-Gericht alle erstinstanzlichen Verfahren und damit die wichtigste Etappe seiner Existenz beendet. Bis zur endgültigen Abwicklung dieses UNO-ad-hoc-Gerichts Ende 2014 finden nur noch Berufungsverfahren vor der gemeinsamen Appellationskammer für die Sonderstrafgerichtshöfe für das ehemalige Jugoslawien und für Ruanda statt. Der für die Gesamtabwicklung zuständige *Internationale Residualmechanismus für die Ad-hoc-Strafgerichtshöfe* (englisch *International Residual Mechanism for Criminal Tribunals*) hat nur noch als Rechtsnachfolger der beiden UNO-Sondergerichte die Auflösungsarbeiten wie z.B. die Frage des Verbleibs der Archive zu bewerkstelligen. „Zum ersten Präsidenten des Residualmechanismus wurde der amerikanische Jurist Theodor Meron ernannt. Als für beide Abteilungen zuständiger Chefankläger fungiert Hassan Bubacar Jallow aus Gambia, der bisher in gleicher Funktion am Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda

---

<sup>2</sup> New York, Cambridge University Press, 430 S.; ISBN 978-0-521-11115-7.

tätig war.“ (Wikipedia). Der 83-jährige in Polen geborene Richter Meron bleibt zugleich Vorsitzender der Berufungskammer. Die beiden Zentralfiguren des Ruandagerichts der letzten Jahre können somit im Sinne der bisherigen Clinton-Albright'schen „Generallinie“ des Gerichts darauf achten, dass hier nichts aus dem Ruder laufen kann. Insgesamt steht nun einer wissenschaftlichen Erforschung der Geschichte dieses UNO-ad-hoc-Gerichts nichts mehr im Wege. Ich würde mich freuen, wenn sich möglichst viele nicht von der „offiziellen Lesart“ der Ereignisse geprägte Fachleute unterschiedlicher Disziplinen an der Suche nach der Wahrheit über diesen hochproblematischen Versuch zur Etablierung einer internationalen Strafjustiz beteiligen würden.

## **Der Krieg im Osten der Demokratischen Republik Kongo**

Der vierte ruandisch-ugandische Kongo-Krieg hat am 20. November 2012 einen Höhepunkt mit der - von der US-Außenministerin Condoleezza Rice Ende 2008 noch verhinderten - Einnahme der Stadt Goma durch die zum System Kagame gehörende Rebellenbewegung M23 erreicht. Man muss davon ausgehen, dass mit der Räumung Gomas durch die M23-Rebellen am 1. Dezember 2012 der Krieg nicht beendet ist. Auch wenn Staatspräsident Joseph Kabila mit seiner Ankündigung zum Aufbau einer echten Kongo-Armee in seiner Rede vom 15. Dezember 2012 den Mund etwas voll genommen haben sollte, wird man seine international bisher unterstützte Absicht, den Krieg weiterzuführen nicht einfach negieren können. Er verkündete feierlich: *“Bereiten wir uns also darauf vor, das Vaterland bis zum höchsten Opfer zu verteidigen ... Wir werden keine Mühe scheuen, um die besetzten Gebiete zurückzuerobern. Nichts, kein Leid, kein Verzicht, kein Feind wird uns von dem Streben abbringen, die territoriale Integrität zu verteidigen.“*<sup>3</sup> Den Vorwand für eine solche Kriegserklärung hatte ihm die ruandische Außenministerin Louise Mushikiwabo mit ihrer Äußerung bei einem Pressegespräch am 4. Dezember 2012 geliefert, Ruanda könne jederzeit wieder im Ost-Kongo einmarschieren, falls es im Interesse von Ruandas Sicherheit notwendig sei, Jagd auf die FDLR zu machen.

Bisher kann sich Afrika und die restliche Welt nicht auf das weitere Vorgehen einigen. Es gibt Anzeichen, dass die internationale Gemeinschaft die ruandisch-ugandischen Aggressoren<sup>4</sup> am Verhandlungstisch nicht das zurückgewinnen lassen will, was diese beim Rückzug aus Goma am 1. Dezember 2012 hatten aufgeben müssen.

\*\*\*

Ausgangspunkt eines erneuten ruandisch-ugandischen Versuchs, die Kivu-Provinzen aus dem Kongo-Staatsverband herauszubrechen, waren die Präsidentschaftswahlen in Kongo-Kinshasa am 28. November 2011. Dass das offizielle, am 9.12.2011 verkündete Wahlergebnis nicht mit rechten Dingen zustande kam, bestreitet kaum noch jemand. Die so entstandene Schwäche Kabilas haben Kagame und seine Förderer im Albright-Lager genutzt, um einen neuen Krieg im Ost-Kongo auszulösen. Am historischen Datum 6. April wurde die M23-Rebellenbewegung gegründet, in deren Namen der Krieg geführt wurde. Offiziell wollte sie den Sturz von Joseph Kabila erreichen, weil er die Vereinbarungen der Nkunda-Bewegung CNDP nach dem Scheitern des Nkunda-Krieges vom 23. März 2009 und der faktischen Machtübergabe an Bosco Ntaganda<sup>5</sup> nicht eingelöst habe.<sup>6</sup> Auch das FDLR-Gespenst, das die

---

<sup>3</sup> In der Übersetzung von Dominic Johnson in seinem taz-blog vom 15.12.2012.

<sup>4</sup> Dominic Johnson hält diese Beschuldigungen des Kagame-Regimes durch Joseph Kabila für einen Griff in die „klassische Mottenkiste kongolesischen Verschwörungsgeraunes“.

<sup>5</sup> Er musste die Führungsrolle der „integrierten Tutsi-Soldaten“ abgeben, weil inzwischen ein Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs – eine Art Betriebsunfall aus ruandischer Sicht – vorlag.

Sicherheit Ruandas bedrohe, wurde wiederbelebt. Zur Rechtfertigung des Kriegsgrunds wurde Joseph Kabila in einer bisher aus der Albright-Ecke nicht gekannten Weise verunglimpft. Dabei wurde unterschlagen, dass er ja nicht ohne Zutun von Außenministerin Albright in ihren letzten Amtsmonaten nach der Ermordung des „alten Kabila“ 2001 ins Amt gehievt wurde. Noch weniger hätte der „kleine Kabila“ ohne die Hilfe dieser „unsichtbaren Hand“ binnen weniger Tage nach dem Ausscheiden von Madeleine Albright aus dem Amt die Anerkennung der internationalen Gemeinschaft gefunden. Der „kleine Kabila“ hatte immer den – natürlich niemals erklärten, aber von der Clinton-Albright-Fraktion getragenen - Auftrag, Kagames Versuche zur Einverleibung der Kivu-Provinzen möglichst unauffällig abzusichern. Bei drei Kriegen ist das misslungen und nun wurde der „Kagame-Freundeskreis“ unruhig. Man musste auf Biegen und Brechen die innenpolitisch extrem instabile Lage in der DR Kongo nach den Präsidentschaftswahlen vom November 2011 nutzen, um einen letzten Versuch zur Erreichung dieses Ziels vor der Wiederwahl von Barack Obama zu unternehmen. Der Krieg der M23 verlief anfangs ganz erfolgreich. Und man glaubte sich in Kigali auf einem guten Weg. Dann ging aber doch etwas schief. Ende Mai tauchen Informationen auf, in einem Bericht einer UNO-Expertengruppe werde Ruanda beschuldigt, die M23 zu unterstützen. Ruanda dementierte heftig. Und als am 21. Juli 2012 Hilary Fuller Renner, eine der Sprecherinnen des State Department, in einer E-Mail-Nachricht die Welt wissen ließ, die USA würden wegen des UNO-Berichts über Kagames Beteiligung am Krieg der M23 im Ost-Kongo und den damit einhergehenden Grausamkeiten und enormen Flüchtlingsbewegungen einen (eher symbolischen) Teil der US-Militärhilfe für Ruanda einfrieren, schien auch die amerikanische Flanke für Kigali wegzubrechen. Als dann auch die britische Regierung am 27. Juli 2012 mitteilte, sie halte einen Teil ihrer Budgethilfe für Ruanda zurück, meinte auch die deutsche Bundesregierung reagieren zu müssen und froh am 28. Juli 2012 ohne jegliche Vorwarnung einen Teil ihrer Budgethilfe für das Kagame-Regime, an dessen Lobpreisungen man sich bisher eifrig beteiligt hatte<sup>7</sup>, ein.

Aber der „Kagame-Flügel“ der amerikanischen Politik gab nicht auf. Vor allem Susan Rice, die US-Vertreterin im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, versuchte die Veröffentlichung des Expertenberichts (sog. Hege-Bericht) zu verhindern. Und Kigali setzte mit der Eroberung Gomas aufs Ganze. Dies war schließlich auch UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon zu viel. Er drückte – wie bei der Durchsetzung der Veröffentlichung des sog. Mapping-Berichts durch die Menschenrechtskommissarin Pillay 2010 - gegen US-Widerstand am 21. November 2012 die Veröffentlichung der verschiedenen Teilberichte der Hege-Kommission durch. So war aller Welt die Rolle der ruandischen Armee hinter den M23 klar. Am 28. November 2012 verabschiedete der Sicherheitsrat eine Resolution mit der Verhängung von Sanktionen gegen die M23-Rebellen. Susan Rice hat immerhin noch eine förmliche Verurteilung Ruandas verhindern können. Aber Kagame musste schon vorher nachgeben und die Räumung Gomas

---

<sup>6</sup> Es handelte sich dabei um eine Rebellion von Tutsi-Soldaten aus der Nkunda-Bewegung CNDP, die am 23. März 2009 in die Kongo-Armee eingegliedert worden sind. Die vorausgehenden Angriffe der Kagame-Soldaten im Einvernehmen mit Joseph Kabila hätten den Kongo-Präsidenten nach putschähnlichen Vorgängen im Kongo-Parlament fast das Amt gekostet. So musste auch Kagame einlenken. Als Joseph Kabila nach seiner Wiederwahl Anfang 2012 das Problem von Jean-Bosco Ntaganda, einem früheren CNDP-Militär, der vom internationalen Strafgerichtshof per Haftbefehl gesucht wurde, lösen und die 2009 integrierten Tutsi-Soldaten, in deren Schutz sich Ntaganda befand, ins Landesinnere verlegen wollte, verließen sie die Armee und gründeten die M23-Bewegung. Hier datiere ich den Beginn des 4. ruandischen Kongo-Kriegs.

<sup>7</sup> Es ist z.B. bedrückend, dass Deutschland dem zu Unrecht nach Kigali abgeschobenen Asylbewerber Innocent Irankunda, der sich nach Verbüßung einer Haftstrafe in Ruanda jetzt in äußerst prekärer Situation in der DR Kongo aufhält, die Möglichkeit für ein zweites Asylverfahren in Deutschland verweigert.

am 1. Dezember 2012 akzeptieren, da die Weltgemeinschaft bei aller Skepsis gegenüber Joseph Kabila, wie sie auch in der sehr ungewöhnlichen Brüskierung des „kleinen Kabila“ durch Staatspräsident François Hollande beim Frankophonie-Gipfel in Kinshasa am 13. Oktober 2012 zum Ausdruck gekommen war, eindeutig gegen die Veränderung der Grenzen der DR Kongo optierte. Die USA unterstützten zwar die von Museveni nach Kampala einberufenen Verhandlungen zwischen den M23 und der Kinshasa-Regierung. Aber es wurde immer deutlicher, dass man den „kleinen Kabila“ mit Hilfe der MONUSCO so lange unterstützen will, bis Ruanda wirklich aufgibt und die geflohene Bevölkerung wieder in ihre Dörfer zurückkehren kann. Die erwähnte Rede von Joseph Kabila am 15. Dezember 2012 wäre ohne eine solche Rückenstärkung nicht möglich gewesen. Diese Rede ist schon vor dem Hintergrund zu sehen, dass Kagames Patin Susan Rice bei ihrem Versuch, Nachfolgerin von Hillary Clinton zu werden, am 13. Dezember 2012 das Handtuch hatte werfen müssen.

### **Der Fall Susan Rice**

Der Verzicht von Susan Rice auf eine Kandidatur für den Posten der US-Außenministerin ist viel enger mit ihrem Engagement zugunsten der ruandischen Militärdiktatur verbunden, als dies zumeist dargestellt wurde. Man las in der deutschen Presse nur etwas über die Debatte zu ihren wohl eher ungeschickten Äußerungen nach der Ermordung des amerikanischen Botschafters in Bengasi am 12. September 2012. Aber es war mehr dahinter. Der Anwalt und Menschenrechtsaktivist Gregory J. Wallace hat in FORBES.com vom 14.12.2012 einen klaren Zusammenhang zwischen ihren Bemühungen zur Unterdrückung der Hege-Berichte und ihrem Rückzug hergestellt.<sup>8</sup> Dabei hat er noch nicht einmal über das Kongress-Hearing vor dem u.a. für Afrika zuständigen Unterausschuss des Abgeordnetenhauses vom 11. Dezember 2012 berichtet, das meines Erachtens entscheidend für den Rückzug war. Unter dem Vorsitz des Republikaners Chris Smith konnte Steve Hege, dessen UNO-Auftrag erledigt ist, vor laufenden Kameras dem Ausschuss glasklar über die Verantwortung Ruandas (insbesondere von Verteidigungsminister James Kabarebe) und Ugandas für die Verbrechen im Ost-Kongo-Krieg berichten.<sup>9</sup> Das Kriegsziel sei eine autonome staatliche Einheit im Ost-Kongo unter ruandisch-ugandischer Oberhoheit. Fatal war auch als John Prendergast, ein langjähriger Gefolgsmann des Albright-Clans, auf Ruanda einzuschlagen begann. Schon am Vortag hatte er als Vertreter der von ihm mitgegründeten Organisation *Enough* zusammen mit

---

<sup>8</sup> Wallace schrieb unter der Überschrift *The Real Reason Susan Rice Didn't Deserve to Be Secretary of State*: „Lost in the political commotion was a recent one-day news story about Ambassador Rice's handling of a pressing human rights issue in Africa. In the fall, Ambassador Rice delayed publication of a United Nations report denouncing Rwanda's support for a rebel group, known as M23, that has committed mass atrocities in the Democratic Republic of the Congo. She also intervened to water down a Security Council resolution that strongly condemned M23 for widespread rape, summary executions, and use of child soldiers in the Congo, where 3 million have died in a decade of violence. The official U.S. government explanation is that more confrontational diplomacy would have jeopardized delicate negotiations with Rwanda, Uganda, and the Congo. (...) In 1994 President Clinton failed to take effective measures to stop the genocidal massacres in Rwanda, and he now says, "I don't think we could have ended the violence, but I think we could have cut it down. And I regret it," The only regret I have about the withdrawal of Ambassador Rice's bid is that she may escape questioning about her handling of M23, which likely would have come up at some point in a confirmation hearing. Would she have conceded that her policy was insensitive to the moral implications of U.S. diplomats once again blocking reports of massacres and diluting U.N. condemnations of those massacres? Or would she have insisted that fine-tuned diplomatic requirements had trumped the moral issues?“

<sup>9</sup> Das Video ist zu finden z.B. unter: <http://www.c-span.org/Events/House-Cmte-Looks-at-Conflict-in-Congo/10737436502-1/>

vierzehn weiteren Nichtregierungsorganisationen in einem offenen Brief an Obama Sanktionen gegen Ruanda gefordert.

Am 10. Dezember 2012 hat auch Helene Cooper in der New York Times berichtet, Susan Rice habe in der Zeit nach ihrer Tätigkeit für die Clinton-Administration für das strategische Studienbüro *Intelligbridge* gearbeitet, das auch Aufträge von Kagame erhalten hatte. Nun war sie angeschossen und da sie auch im Fernsehen ihren Kandidaturverzicht als ihre eigene Entscheidung ausgab, waren etwa beabsichtigte Pressionen von Bill Clinton auf Obama nicht mehr möglich. Bill Clinton konnte wohl nur noch durchsetzen, dass Obama ihr öffentlich versprach, als US-Botschafterin in New York bleiben zu dürfen. Beobachter hatten schon den Auftritt von Bill Clinton am 6. September 2012 beim Obama-Nominierungsparteitag als Versuch interpretiert, mit dieser spektakulären Unterstützung von Obama Einfluss auf die Nominierung von Susan Rice als Nachfolgerin seiner Frau zu nehmen. Es hätte ja auch fast geklappt.

### **Die Aktion „Kampf gegen die FDLR“ in Deutschland**

Man darf annehmen, dass die großangelegte Aktion der Generalbundesanwaltschaft gegen mutmaßliche FDLR-Sympathisanten in Deutschland am 5. Dezember 2012 nicht ohne eine zumindest indirekte Ermächtigung durch die Bundesregierung stattgefunden hat. Es sieht wie ein vom internationalen Kagame-Freundeskreis gewünschter Entlastungsangriff im Umfeld des Vormarsches der M23-Rebellen auf Goma aus. Zur Begründung musste wieder einmal die tatsächlich nicht vorhandene militärische Bedrohung Ruandas durch diese „Völkermörder“ herhalten.<sup>10</sup> Hier gibt es wohl auch eine Interessenidentität mit der Generalbundesanwaltschaft, die erkennen musste, dass die von ihr behaupteten „Übeltaten“ der FDLR-Chefs weiterer „Beweise“ bedurften.

Es ist schon sehr eigenartig, dass seit dem 5. Dezember 2012 so gut wie kein deutsches Medium – nicht einmal die taz – dem Hintergrund von drei weggesperrten Deutschen mit ruandischer Herkunft und 11 Hausdurchsuchungen nachgespürt hat.

### **Die Afrikaprozesse in Stuttgart und Frankfurt/M.**

Der **Stuttgarter FDLR-Prozess** schien durch die Ereignisse im Ost-Kongo, wo die Zeugen der Anklage – vom POLE-Institute mit Sitz in Goma unterstützt– ausfindig gemacht und per Video „vorgeführt“ wurden, vor dem Ende zu stehen. Aber beenden will ihn das Gericht offenbar noch nicht und die Anklagevertretung hofft wohl, durch die Verhaftung von FDLR-Sympathisanten am 5.12.2012 noch etwas nachlegen zu können.<sup>11</sup>

---

<sup>10</sup> Mir scheint die Charakterisierung durch den früheren Kongo-Abgeordneten Jean Bosco Bahirima richtig, der am 5.12.2012 in einem Gespräch mit Jambonews.net gesagt hat, Kagame habe auch diesmal wieder angebliche FDLR-Kämpfer in Ruanda „fabriziert“ und sie in den Kongo eingeschleust.

<sup>11</sup> Mir hat das Jahr 2012 in diesem Zusammenhang eine für unmöglich gehaltene Erfahrung beschert. Nach Verlesung eines der Verteidigung von mir zur Verfügung gestellten Schriftsatzes zur Begründung meiner Sachverständigenanhörung geriet Oberstaatsanwalt Ritscher am 11. Januar 2012 in Rage. Am 9.2.2012 erschien in taz.de ein Bericht von Bianca Schmolze über diesen 57. Verhandlungstag. Darin heißt es, Staatsanwalt Ritscher habe mich einen „Genozidproleten“ genannt. Daraufhin reichte auch ich, mich auch auf einen Strafantrag der Verteidigerin beziehend, bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart einen Strafantrag wegen Verleumdung ein. Dieser wurde am 22.2.2012 mit der Begründung abgelehnt, die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts halte solche Äußerungen durch die Meinungsfreiheit gedeckt. Um den 1. März 2012 erschien auf taz.de eine geänderte Fassung des Schmolze-Berichts. Jetzt hieß es, Oberstaatsanwalt Ritscher dementiere, den Ausdruck Genozidprolet benutzt zu haben. Es könne sein, dass er den Ausdruck Genozidapologet gebraucht habe, aber genau könne er das nicht sagen. Das Gericht erklärte, keinen der beiden Ausdrücke gehört zu haben. Da in einem deutschen Strafprozess kein Wortprotokoll geführt wird und

Ein Bericht über die Vorgänge im **Frankfurter Prozess** ist unter anderem dadurch erschwert, dass nicht einmal mehr die taz darüber berichtet und eine Gruppe von Marburger Studenten, die den Prozess im Rahmen eines Forschungsprojekts regelmäßig besucht, seit Mai 2012 ihre Berichte nicht mehr auf die Internetseite <http://www.uni-marburg.de/icwc/lehre/monitoring/monitoringolgfrankfurt> einstellen durfte. Der Prozess schleppt sich teilweise mit Halbtagssitzungen hin. Ein Ende ist nicht abzusehen.

### **Victoire Ingabire Umuhoza**

Die Exilruanderin Victoire Ingabire Umuhoza, Jg. 1968, ist – mit einem niederländischen Pass versehen – im Januar 2010 in Kigali eingereist, um die demokratische Exil-Partei FDU-Inkingi, deren Vorsitzende sie ist, in Ruanda als Partei für die 2010 vorgesehenen Präsidentschaftswahlen anzumelden und ihre Kandidatur dafür vorzubereiten. Im April 2010 wurde sie unter Hausarrest gestellt und am 14. Oktober 2010 verhaftet. Die Anklagebehörde beschuldigte sie der

- Bildung einer bewaffneten Gruppe zur Destabilisierung des Landes,
- Mitwirkung bei Terrorakten
- Konspiration und Aufstachelung zum Sturz der Regierung,
- Genozidideologie und
- Provokation des Divisionismus

Der Prozess wurde u.a. auch deshalb stark beachtet, weil Kagame ihren amerikanischen Anwalt Peter Erlinder am 28. Mai 2010 verhaften und ihn erst nach amerikanischem Druck am 17. Juni 2010 ausreisen ließ. Es folgte ein politischer Prozess zur Einschüchterung der demokratischen Opposition. Victoire Ingabire wurde aufgrund von Zeugenaussagen, die sich – wahrscheinlich nach Folter – für schuldig erklärt hatten, wegen "*conspiracy against the country through terrorism and war*" und "*genocide denial*" zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt. Der Generalstaatsanwalt hatte eine lebenslange Strafe gefordert. Die vier falschen Zeugen wurden ebenfalls zu Gefängnisstrafen zwischen 2 Jahren und sieben Monaten und 4 Jahren und 6 Monaten verurteilt. Am 18.12.2012 haben Ingabires Anwälte Gatera Gashabana und Ian Edwards Berufung gegen das Urteil beantragt, nicht weil man an ein gerechteres Verfahren glaube, sondern um im Hinblick auf internationale Gerichtshöfe alle internen Rechtsmittel ausgeschöpft zu haben.

Es sei noch daran erinnert, dass auch zwei weitere Präsidentschaftskandidaten aus dem Jahr 2010 wegen ähnlicher vorgeschobener Delikte im Gefängnis schmachten.

### **LITERATUR**

Einer Tradition folgend will ich hier noch einige Publikationen aus dem Jahr 2012 zum Themenkreis Ruanda und dem Gebiet der Großen Seen Afrikas – die neuesten Bücher zuerst - erwähnen.

---

auch kein elektronischer Mitschnitt erfolgt, lässt sich der Vorgang nicht aufklären. Die angerufene Generalstaatsanwaltschaft Stuttgart teilte mir am 23.3.2012 allerdings mit, es sei schon wahrscheinlich, dass das Wort Genozidapologet gefallen sei, da nur dieses Wort „im bekannten Umstand einen Sinn ergeben würde.“ Dass man meine Thesen in den Zusammenhang der Leugnung des Holocaust gebracht habe, sei zwar sehr weitgehend, aber für die Oberstaatsanwaltschaft Stuttgart kein Anlass, den Vorgang von Amts wegen zu verfolgen. Aber falls ich „die Beweislage anders einschätze“, sei mir der Weg einer Privatklage unbenommen. In einem Schreiben an Generalbundesanwalt Range vom 6. April 2012 habe ich erklärt, davon absehen zu wollen, falls Oberstaatsanwalt Ritscher künftig solche Verleumdungen unterlasse.

= = Jean-Marie NDAGIJIMANA, *La France a-t-elle participé au génocide Rwandais?* Orléans, Editions La Pagaie, 2012. ISBN 978-2916-38012-4. 183 S.<sup>12</sup>

Diese Schrift hat einen großen dokumentarischen Wert. Als Botschafter in Paris von 1990-1994, danach kurzfristiger Außenminister in der Regierung Twagiramungu nach dem Sieg der Ruandischen Patriotischen Front und seit seinem Exil in Frankreich ab Oktober 1994 einer der Sprecher der demokratischen Opposition war Jean-Marie Ndagijimana Zeitzeuge historischer Vorgänge erster Ordnung. In seinem Buch aus dem Jahr 2010 mit dem Titel *How Paul Kagame Deliberately Sacrificed the Tutsi* (ISBN 978-2-916380-08-7) hat er die Verbrechen von Paul Kagame unmissverständlich beschrieben. Nun räumt er mit dem in Frankreich und bei der Linken in dieser Welt weit verbreiteten Mythos auf, Frankreich sei in den Tutsi-Völkermord involviert und habe ihn mit seiner *Opération turquoise* zwischen Juni und August 1994 gefördert. Für mich ist seine Beschreibung des letzten, frostig verlaufenen Treffens von François Mitterrand mit Habyarimana am 11. Oktober 1993 besonders eindrucksvoll. Habyarimana habe ihm nach dem Treffen seine Eindrücke so geschildert: „Mitterrand schien müde, kalt und distanziert, so als ob er sich möglichst schnell des Ruanda-Dossiers entledigen wolle.“ (S. 78) Hier wird klar, dass Mitterrand dem RPF-Agenten Jean Carbonare, dessen Wirken Ndagijimana ausführlich beschreibt, auf den Leim gegangen war und Habyarimana fallen gelassen hatte. Am 15. Dezember 1993 zog Frankreich sein Militärkontingent aus Ruanda – noch bevor die im Arusha-Abkommen vom 4. August 1993 vorgesehene Übergangsregierung im Amt war – ab und ermöglichte so den Sieg der RPF-Aggressoren.

Aber Mitterrand hatte schon seit langem die Botschaft an Habyarimana vermittelt: „*Il faut parler! Il faut parler! Il faut absolument parler.*“ Habyarimana sei dies auf die Nerven gegangen und er habe einmal erwidert, es sei ungerecht von ihm immer Gespräche mit Leuten zu fordern, die sein Land angegriffen hätten. „*Aber Mitterrand verminderte niemals den Druck*“. (S. 43) Ndagijimana beschreibt dann ausführlich die auf Initiative Frankreichs – damals noch mit den USA abgestimmt - erfolgten Geheimverhandlungen zwischen der ruandischen Regierung und der RPF in Paris ab Oktober 1991. Ndagijimana kann nicht verstehen, warum Kagame heute eine derart antifranzösische Haltung vertritt, obwohl er wisse, dass sein Sieg ohne Frankreich nicht möglich gewesen wäre. Ndagijimana wundert sich über Frankreichs Schweigen zu diesen Angriffen und fragt sich, warum eigentlich er Frankreich verteidigen müsse. Gute Frage.

= = Charles Onana, 2012. EUROPE, CRIMES ET CENSURE AU CONGO. Paris, Editions Duboiris. 319 S.; ISBN 978-2916872193.

Auf der Basis bisher unbekannter interner Dokumente der EU schildert Charles Onana die Aktivitäten der EU im Gebiet der Großen Seen Afrikas zugunsten des ruandischen Militärherrschers Paul Kagame und des von den USA<sup>13</sup> auf Kagames Wunsch 2001 als Staatschef der Demokratischen Republik Kongo an die Macht gebrachten und seither gehaltenen Joseph Kabila. Auf europäischer Seite wird der Einfluss des belgischen Politikers Louis Michel zuerst als belgischer Außenminister, später als EU-Entwicklungskommissar und

---

<sup>12</sup> Preis 20 €. In einer Mitteilung weist J-M. Ndagijimana darauf hin, dass man das Buch über seinen Verlag per Mail bestellen kann: [editionslapagaie@yahoo.fr](mailto:editionslapagaie@yahoo.fr). In der Rechnung wird dann eine Konto-Nr. mit IBAN und BIC angegeben, über die sich die Bezahlung leicht bewerkstelligen lässt. Es besteht aber auch die Möglichkeit zur Bestellung über: <http://www.priceminister.com/offer/buy/179276358/la-france-a-t-elle-participe-au-genocide-rwandais-de-jean-marie-ndagijimana.html>

<sup>13</sup> Die Vorbereitung der Machteinsetzung von Joseph Kabila erfolgte in den letzten Amtstagen der Clinton-Administration und wurde von der neuen Bush-Administration akzeptiert mit Ausnahme der von der Clinton-Administration vorgesehenen Angliederung der Kivu-Provinzen an Ruanda.



derzeit als liberaler EU-Parlamentsabgeordneter geschildert. Das Buch schöpft vielfach aus den internen Berichten von Aldo Ajello, dem langjährigen EU-Sonderbeauftragten für das Gebiet der Großen Seen Afrikas. Die Wahl von Joseph Kabila wurde 2006 vor allem möglich, weil der französische Staatspräsident Chirac zur Verbesserung der Beziehungen zu den USA nach dem Zerwürfnis im Irak-Krieg 2003 mit den USA für den „kleinen Kabila“ optiert hat. (Vgl. S.190) Bundeskanzlerin Merkel respektierte die von ihrem Vorgänger Schröder und seinem Außenminister Fischer bei einem Berlin-Besuch von Joseph Kabila am 6.2.2004 gegebene Zusage<sup>14</sup> seiner Unterstützung. Der Einsatz von Bundeswehrsoldaten zum Schutz der Wahlen 2006 geht wesentlich auf einen französischen Wunsch zurück.

Ein wichtiger Grund zur westlichen Sympathie für Joseph Kabila war dessen Zusicherung, Paul Kagame beim Kampf gegen die FDLR im Kongo freie Hand zu lassen. Am 27.8.2005 traf Ajello in Bujumbura den Kagame-Abgesandten Richard Sezibera zur Besprechung einer gemeinsamen Haltung von EU und Kagame zur FDLR-Frage. Nach diesem Gespräch wurde den FDLR ein Ultimatum gestellt, das Territorium der DR Kongo bis zum 30.9.2005 zu verlassen. Danach würden sie „wie Terroristen behandelt“. Es wurde auch vereinbart, dass einige ihrer Führer verhaftet werden sollten. „Bei dieser Gelegenheit wird das Schicksal von Ignace Murwanashyaka besiegelt“. Onana ist mit Sicherheit kein Mann, der mit seinem Buch der UNO und der EU nach dem Munde reden wollte. Alle, die nach Argumenten für eine Politikänderung suchen, können aus diesem Buch etwas lernen.

= = Pierre-Claver Ndacyayisenga. 2012. *Voyage à travers la mort. Le témoignage d'un exilé Hutu du Rwanda*. Montréal (Quebec): VLB Éditeur. 192 S.; ISBN 978-2-89649-315-9.

Bei meiner Teilnahme an der Konferenz der Verteidiger bei den Internationalen Strafgerichtshöfen am 29. September 2012 in Montreal habe ich den Verfasser dieses Buches kennengelernt. Bei der Schrift handelt es sich um einen weiteren erschütternden Bericht zum Schicksal der Hutu-Flüchtlinge im Kongo 1996-1997, das man seit dem Vorliegen des von der Menschenrechtskommissarin Navanethem Pillay vorgelegten und noch immer nicht von der internationalen Gemeinschaft in der UNO behandelten Bericht aus dem Jahr 2010 mit gutem Recht als einen Völkermord durch die Soldaten der RPF bezeichnen kann.

== Madeleine Raffin. 2012. *Rwanda: un autre regard : Trois décennies à son service*. Lille: Editions Sources du Nil. 203 S.; ISBN 9782919201105.

Dieser Lebensbericht einer französischen Mathematiklehrerin, die 1968 erstmals nach Ruanda kam, dort „hängen geblieben“ ist und später für die Caritas in Gikongoro tätig wurde, bis das Kagame-Regime sie wegen ihrer Nähe zu dem inzwischen verstorbenen Bischof Misago 1997 des Landes verwies, ist spannend, weil sie eine der wenigen Europäer ist, die während des Bürgerkrieges 1994 im Land geblieben sind. Dass sie erst jetzt zur Feder gegriffen hat, ist schade.

= = Guy Theunis. 2011. *Mes soixante-quinze jours de prison à Kigali*. Paris: Karthala. 264 S.; ISBN 9782811105846.

Auch bei diesem Buch hätte man sich gewünscht, dass der Verfasser nicht so lange bis zur Veröffentlichung seiner schon 2006 niedergeschriebenen Erlebnisse in einem Gefängnis in Kigali zwischen dem 7. September und dem 19. November 2005 gewartet hätte. Ich las das Buch im Februar 2012 während eines Krankenhausaufenthaltes und es war in der Tat keine aufheiternde Lektüre. Sie ist allen denen zu empfehlen, die wie der Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg glauben, in Kigali gäbe es rechtsstaatliche Verfahren und einen humanen Strafvollzug. Auch über die Art, wie Zeugen „vorbereitet“ werden, kann

---

<sup>14</sup> S. 171 „Dieser Besuch markiert den Beginn der effektiven Unterstützung der EU für die Übergangsregierung im Kongo und vor allem für Joseph Kabilas mögliche Präsidentschaft in der DR Kongo nach den vorgesehenen Wahlen.“

man einiges erfahren. Diesen Priester, der sich gerade auch in der Habyarimana-Zeit um die Menschenrechte und den Schutz der Tutsi verdient gemacht hatte, als einen Verbreiter der Genozid-Ideologie vor einem Gacaca-Gericht vorzuführen, war so absurd wie menschenverachtend.

## AUSBLICK

Da Afrikas Schicksal noch immer ganz entscheidend von der US-Sicherheitspolitik bestimmt wird, hängt viel davon ab, ob Obama den neu gewonnen außenpolitischen Spielraum nutzen und sich entscheiden wird, die verhängnisvolle Politik der Ära Clinton-Albright zu beenden und sich auf einen Weg der Unterstützung demokratischer Bewegungen im zentralen Afrika zu begeben.<sup>15</sup>

Der Lebensweg von John Kerry könnte darauf hindeuten, dass er Obama dabei keinen Stein in den Weg legen würde. Kerry ist den Clintons schließlich zu keinem Dank verpflichtet, haben sie doch seinen gemäßigt Irak-kritischen Wahlkampf 2004 aus Rücksicht auf ihre Bush-Nähe in der Irakfrage nicht unterstützt und damit vielleicht sogar zu Kerrys knapper Wahlniederlage beigetragen.

---

<sup>15</sup> Ob das Telefonat, das Obama nach einer Meldung des Weißen Hauses am 18. Dezember 2012 geführt hat, schon ein erstes Signal in diese Richtung ist, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen. Jedenfalls hat Obama Kagame *"the importance of permanently ending all support to armed groups"* (AP vom 19.12.2012) im Kongo klar gemacht und die Bewahrung von *„DRC's sovereignty and territorial integrity“* für unabdingbar erklärt.